

# Der sächsische Erzähler

Wochenblatt

für

Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt des königlichen Gerichtsamtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs und Sonnabends, und kostet vierteljährlich 12½ Rgr. Inserate werden nur bis Dienstag und Freitag früh 8 Uhr angenommen.

N<sup>o</sup> 87.

Sonnabend, den 4. November.

1865.

## Deutschland.

Man begegnet jetzt wieder öfter der Ansicht, daß im staatlichen Leben nur das zu bestehen berechtigt, was sich zu behaupten befähigt sei. Wer diesen mehr kühnen als wahren Grundsatz bestreitet und etwa gar darauf hinweist, mit demselben werde doch eigentlich die Lehre gepredigt, daß Macht vor Recht gehe, der kann zwar das Lob eines recht biedern Mannes ernten, ist aber sonst in Gefahr, von gar Manchem in politischen Dingen für einen beschränkten Kopf gehalten zu werden, der nicht zu begreifen im Stande sei, daß die geschichtliche Entwicklung ihren Gang gehe, unbekümmert um das, was in einer bestimmten Zeit von Vielen für gutes Recht gehalten werde. Dabei wird denn hingewiesen auf so viele Ereignisse, durch welche Vorhandenes trotz seines Rechtes untergegangen sei, weil es eben nicht die Macht gehabt habe, sich zu behaupten. Das ist wahr; aber ein Anderes ist es, Thatsachen anerkennen, ein Anderes, allgemeine Grundsätze aufstellen.

Im preussischen Volke ist gegenwärtig unverkennbar der Drang nach Machterweiterung vorhanden. Aber freiwillig wird sich, trotz des Vorganges der Lauenburger, kein deutscher Staat dazu verstehen, etwa mehr oder weniger preussisch zu werden. Denn dem Drange der Preußen nach Vergrößerung kommt ein entsprechender Drang der übrigen deutschen Stämme, in Preußen baldmöglichst aufzugehen, dormalen nicht entgegen, auch nicht in Schleswig-Holstein. Wenn nun jetzt, wo es sich um Machterweiterung des preussischen Staates handelt, auch Mitglieder der liberalen Partei des preussischen Volkes der im Eingang erwähnten Ansicht huldigen, so geben sie damit eigentlich den Standpunkt auf, von dem aus sie bis jetzt ihren Verfassungskampf gekämpft haben. Worauf beruht denn in diesem Streite die Hoffnung der liberalen Partei auf Sieg? doch wohl auf der Ueberzeugung, daß schließlich das Recht sich behaupten werde gegenüber der Macht. Der preussische Ministerpräsident hat es ausgesprochen, daß, wenn die Volksvertretung zu einseitig und schroff ihre Rechte geltend mache, es sich um eine Machtfrage handle zwischen ihr und der Regierung. Wenn nun die jetzt einflussreichste

Zwanzigster Jahrgang.

Partei in Preußen die Ansicht gewönne, die jetzige preussische Verfassung sei nicht lebensfähig, vermöge sich nicht zu halten und dürfe deshalb beseitigt werden, sobald nur die Macht dazu vorhanden sei? was würden die Liberalen dazu sagen? Solch ein halb wahrer, halb falscher Grundsatz ist eine gar zweischneidige Waffe, und man soll sich gar wohl hüten, ihn als politische Lehre zu verkündigen.

Ueber die in allen Zeitungen so viel besprochenen preussischen und österreichischen Noten bemerkt die „L. Z.“, daß sie unmittelbare practische Folgen nicht zu haben scheine. Der Nationalverein hat unangefochten in Frankfurt getagt. Angesichts der Politik, welche die österreichische Regierung seit zwei Jahren befolgt hat, von der Affaire von Rendsburg bis zur Gasteiner Convention und der Bedrohung der Bundesstadt Frankfurt nimmt ein Wiener Blatt, die „Abendpost“, keinen Anstand, zu erklären, daß Oesterreich die Verbindung mit Deutschland als eine Lebensbedingung für sich selbst betrachte und auf jede Gefahr hin an derselben festhalten werde, auch wenn die Geschichte es nicht zur „Präsidentenmacht“ und damit zur „schirmenden Spitze“ des Bundes der deutschen Staaten gemacht hätte, welche früher der Keil der deutschen Kaiserkrone zusammenhielt. Wenn die österreichische Regierung sich neuerdings entschlossen hat, die Frankfurter Angelegenheit an den Bund zu bringen (ob sie das von Anfang an beabsichtigt hat, muß bezweifelt werden), so ist das immer anerkennungswerth, aber die Worte der „Wiener Abendpost“, die mit den Thaten der österreichischen Regierung im schneidenden Widerspruch stehen, können auf Deutschland keinen Eindruck machen und klingen wie Ironie; jeder Satz dieses Artikels ist eine Anklage gegen eine Politik, welche seit zwei Jahren die Stellung Oesterreichs in Deutschland untergraben und durch die Gasteiner Convention und das September-Manifest, welches das deutsche Oesterreich dem Magyaren- und Slaventhum unterordnet, tief erschüttert hat. Mit Worten, denen die Thaten widersprechen, beschwichtigt man Deutschland nicht und gewinnt auch nicht das Vertrauen wieder, das man verloren hat.

7 Uhr,

Schmolln

ehaltenen

rie-Aus-

and.

aus dem  
so genau  
n lassen  
ywater.

n Marke  
versuchte,  
s ich sie

bbel.

isp-  
een  
he!

t.

vermeister

in dem  
ochter  
verw.  
c mit  
iefge-  
wäh-  
De-

n  
Swig.

ctober.  
ggen los  
21-26  
1227 Dr.

is

r. 5 Pf.  
5  
-  
-  
-  
Pf.  
gr. - Pf.